# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

[illegible]

Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1960

Nr. 118 — Sonntag, den 22. Mai 1932 — 27. Jahrgang


# Neue Aufbürdung von Steuerlasten

## Vor der weiteren Notverordnung — „Beschäftigungssteuer“ und Verkürzung der Unterstützungszeit der Erwerbslosenfürsorge

### Abschluß der Beratungen erst nächste Woche

**Berlin, 20. Mai.** Die Ressortbesprechungen des heutigen Tages gelten in erster Linie der Ausgestaltung der sogenannten **Beschäftigungssteuer.** Wie wir hören, soll diese neue Steuer im Durchschnitt in der Höhe von 1½ v. H. des Einkommens erhoben werden, und da

**sämtliche Gruppen der beschäftigten Personen, auch die Beamten**

davon erfaßt werden sollen, erwartet man ein Aufkommen von über 300 Millionen Mark im Jahre. In bezug auf die Erhebung schweben Verhandlungen darüber, ob diese Steuer in den unteren Einkommenstufen auf dem Wege über die Krankenkassen erhoben werden soll oder ob man sie eventuell in die Krisensteuererhebung mit einbaut. Für die höheren Einkommenstufen kommt wahrscheinlich eine selbständige Veranlagung in Betracht. Möglicherweise wird die Regelung auch so getroffen, daß die Krisensteuer vom 1. Juli an in Wegfall kommt und man dafür an ihre Stelle diese „Beschäftigtensteuer“ — vielleicht mit etwas höheren Sätzen — setzt, die dann aber eben alle ein festes Einkommen besitzenden Personen treffen würde. Eine neue Belastung bedeutete sie in diesem Falle also in der Hauptsache nur für die Beamten. Was

**die Bürgersteuer**

betrifft, so erwartet man nicht mehr eine Verdoppelung der Grundbeträge, dafür aber — und das kommt in der Wirkung genau auf dasselbe hinaus — ihre Weitererhebung für das ganze Jahr 1932, während die bisher bis zum 30. Juni befristet war.

**Die Verkürzung der Unterstützungsdauer in der Erwerbslosenversicherung**

wird aller Voraussicht nach darin bestehen, daß die Erwerbslosen in Zukunft statt nach zwanzig bereits nach **dreizehn Wochen** der Krisenfürsorge zugewiesen werden, was dann für sie eine Verkürzung der Leistungen, nämlich den Bezug der Krisenunterstützungssätze, bedeutet. Für die daraus entspringende höhere Belastung der **Gemeinden** sind Sonderzuweisungen an die Gemeinden beabsichtigt. In welcher Form das geschehen wird, steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, daß die Beiträge des Reichs und der Gemeinden zur Krisenfürsorge, die jetzt vier Fünftel bezw. ein Fünftel betragen, anders aufgestellt werden oder daß man den Gemeinden eine bestimmte Zuweisung aus Reichsmitteln gibt. Die Unterstützungssätze der Krisenfürsorge werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht weiter abgebaut.

Das Reichskabinett setzte heute abend auf Grund der Ressortbesprechungen seine Arbeiten fort. Für den morgigen Sonnabend rechnet man mit einer sogenannten ersten Lesung der gesamten Fragen (Haushaltplan, Arbeitsbeschaffung und Finanzierungsplan) durch das Reichskabinett, aber der Abschluß der Arbeiten ist nach wie vor erst in der Mitte der nächsten Woche zu erwarten.

## „Taler, Taler, du mußt wandern!“

Aus dem Kreise unserer Leser wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung geschrieben:

Die vom Statistischen Reichsamt für den 4. Mai berechnete Großhandels-Indexziffer ist mit 97,7 gegenüber der Vorwoche um 0,5 v. H. leicht zurückgegangen. Dabei betrug nach dem Reichsbankausweis vom 2. April der Geld„umlauf“ 5220 Millionen. Der Taler wandert eben nicht, er schleicht langsam wie eine Schnecke, er bleibt liegen, er kauft nicht. Und dabei genügt eine Menge von 5,2 Milliarden im Verkehr vollkommen für die deutsche Wirtschaft, sofern das Geld nur liefe. Was hat man alles versucht! Man hat den Geldbesitzern gedroht, man hat ihnen gut zugeredet, man hat sich an ihre staatsbürgerliche Einsicht, an ihre Gutmütigkeit gewandt. Man erreichte ihr Gehirn durch die Augen mit Hilfe von Buchstaben, man hämmerte mit Rundfunkwellen an ihre Ohren — Erfolg? Der Taler wandert nicht! „Warum soll ich jetzt kaufen, ausgerechnet jetzt, wo doch alles billiger wird“, so denken die einen. Und die anderen? Die brauchen nicht selbst zu denken, für die ist das von anderen besorgt worden, sie stehen vor vollendeten Tatsachen. Sie haben keinen Taler. Dafür haben sie aber auch keinen guten Anzug mehr. Und nun?

Jedes kleine Kind weiß Bescheid. „Taler, Taler, du mußt wandern . . .“ Führen wir die allgemeine Wehrpflicht ein! Die Wehrpflicht für die Geldscheine. Jeder Schein muß mobilisiert werden. Jeder Geldschein muß zum Umlauf gezwungen werden. 100 RM sind am Ende des Jahres nur noch 94,80 RM wert. Jede Woche verringert sich seine Kaufkraft um 10 Pf. Dann wird er wandern, laufen, nein: er wird rennen. Und die Reichsbank braucht nur noch 4 Milliarden im Verkehr zu lassen. Das genügt dann vollkommen. (Während der Inflation raste das Geld so schnell von Hand zu Hand, so daß im Februar 1923 — in heutige Reichsmark umgerechnet — nur 506 Millionen im Verkehr genügten, während im Februar 1931 5548 Millionen noch nicht einmal dasselbe fertigbrachten.) Denn, man höre und staune, schlechtes Geld ist besser als gutes Geld (volkswirtschaftlich betrachtet). Unter „gutem“ Gelde verstand man nämlich bisher ein Geld, daß einen festen inneren Wert besitzt, das man ohne Schaden möglichst lange im Strumpfe aufbewahren kann. „Vorzügliches“ Geld ist doch nur ein solches, das sich als Wertspeicher, als Wertkonserve gut verwenden läßt. So dachte man und überlegte sich nicht, daß Geld einzig und allein ein Tauschmittel darstellt, das zum Wohle des **ganzen Volkes** arbeiten soll und nicht nur zum Wohle weniger Nutznießer. Man hatte noch nicht einsehen gelernt, daß man zwischen dem Spargut und dem Gelde als Tauschmittel (z. B. Geldscheine) einen gewaltigen Unterschied machen muß. Gespartes Gut liegt sicher und zweckmäßig in der Sparkasse, während das Tauschmittel Geld unaufhörlich laufen muß. In der Freiwirtschaft würde das Geld so laufen, wie es laufen muß.

## Reichstagseinberufung erneut abgelehnt

**Anrufung des Staatsgerichtshofes**

**Berlin, 20. Mai.** Die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion für den 24. Mai beantragte Einberufung des Reichstages ist, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Kommunisten unterstützt wurde, vom Reichstagspräsidenten Löbe wiederum abgelehnt worden. Der Reichstagspräsident bleibt, wie das Nachrichtenbureau des VDZ. hört, in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Parteien und mit der Regierung bei der Auffassung, daß Artikel 24 der Reichsverfassung nicht angewendet werden kann, weil die Session des Reichstags nicht geschlossen, sondern der Reichstag nur vertagt worden ist. Das Urteil des Staatsgerichtshofes, wonach der preußische Landtag auch auf Verlangen einer Minderheit, nämlich eines Fünftels der Abgeordneten, vorzeitig einberufen werden muß, gilt nach Auffassung der Mehrheitsparteien nicht für den Reichstag. Nationalsozialisten und Deutschnationale beabsichtigen nunmehr, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen, um ein ähnliches Urteil auch für den Reichstag herbeizuführen. Ein solches Urteil wird aber kaum noch vor dem 6. Juni, dem Tage, an dem der Reichstag voraussichtlich zusammentritt, ergehen.

### Vertreter des Handwerks beim Reichskanzler

**Berlin, 20. Mai.** Der Reichskanzler empfing heute den Präsidenten des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, Pflugmacher, den Vorsitzenden des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Hermann, zu einer eingehenden Aussprache über die gegenwärtige Lage und die Wünsche des deutschen Handwerks sowie über die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Hebung und Belebung.

### Senator Beythien Kahls Nachfolger

Für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Kahl tritt als nächstes Mitglied der Reichsliste der Deutschen Volkspartei der Mittelständler Senator a. D. Beythien in den Reichstag ein. Senator Beythien hat dem Reichstag von 1920 bis 1930 bereits angehört.

## Das neue österreichische Kabinett gebildet

**Wien, 20. Mai.** Das neue Kabinett ist zustandegekommen und hat folgende Zusammensetzung: Bundeskanzler, Aeußeres und Landwirtschaft Dr. Dollfuß (christlich-sozial), Vizekanzler und gleichzeitig betraut mit der handelspolitischen Sektion des Außenministerium Ingenieur Winkler (Landbund), Inneres Bachinger (Landbund), Finanzen Dr. Weidenhoffer (christlich-sozial), Justiz Dr. Schuschnigg (christlich-soz.), Unterricht Dr. Rintelen (christlich-soz.), soziale Verwaltung Dr. Resch (christlich-soz.), Heerwesen Vaugoin (christlich-soz.), Handel Jakoncig (Rechtsanwalt in Innsbruck, Vertrauensmann des Heimatblocks), Sicherheit Ministerialrat Ach (Bundeskanzleramt). Das Kabinett besteht somit aus sechs Christlich-Sozialen, zwei Landbündlern, einem Vertrauensmann des Heimatblockes und einem Beamten.

## Zollerhöhung in Polen

**Kattowitz, 20. Mai.** Auf eine Verfügung des Finanzministeriums werden jetzt bei der Verzollung von den Zollbehörden nicht, wie bisher, 10 Prozent, sondern 20 Prozent des Zollbetrages erhoben. Das bedeutet im allgemeinen eine zehnprozentige Erhöhung aller Zölle.

### Fortdauernde Unruhen in Bombay

**Bombay, 20. Mai.** Bei zahlreichen Zusammenstößen wurden wiederum 15 Personen, zum Teil mit tödlichem Ausgang, verletzt.

# Die richtige Antwort

## Deutsche und ungarische Entgegnungen an Frankreich auf der Abrüstungskonferenz

**Genf, 20. Mai.** Im Heeresausschuß der Abrüstungskonferenz gab am Freitag der deutsche Vertreter Gesandter von Weizsäcker eine Erklärung zur Entgegnung auf die Ausführungen des französischen Vertreters Aubert ab. Der deutsche Vertreter betonte, daß die Sicherheit unter den gegenwärtigen Verhältnissen bereits völlig „kompromittiert“ sei. Gerade die Aufgabe der Abrüstungskonferenz sei es, die Sicherheit wiederherzustellen. Der Vertreter Frankreichs habe ferner einen Unterschied zwischen einem angreifenden und einem sich verteidigenden Staat gemacht. Zweifellos sei es richtig, dem Verteidiger möglichst viele Verteidigungsmittel bei der endgültigen Regelung der Abrüstungsfrage zu gewähren und dem Angreifer geringe Angriffsmittel zu belassen. Man müsse jedoch daran denken, daß die Rollen sich auch umkehren könnten. Die Hauptfrage sei, jetzt für die Konferenz eine Gleichheit der Sicherheit für alle Staaten herbeizuführen. Der französische Vertreter habe von der Relativität der Rüstungen gesprochen. Gesandter von Weizsäcker schlug daher vor, in den Bericht des Heeresausschusses folgenden Satz einzufügen: „Je geringer das Kaliber der für die Landesverteidigung bestimmten Geschütze auf der einen Seite ist, umso niedriger muß auf der anderen Seite das Kaliber der Geschütze festgesetzt werden, die einen wesentlichen Angriffscharakter tragen.“ Der deutsche Vertreter im Heeresausschuß hat damit in voller Klarheit von neuem den Anspruch Deutschlands auf gleiche Sicherheit und Gleichberechtigung in den Rüstungen vorgebracht.

Nach der Erklärung des deutschen Vertreters kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Vertretern Frankreichs und Ungarns. Der ungarische Vertreter warf die Frage auf, wie es nach den Aeußerungen Auberts mit den entwaffneten Staaten stehe. Nach französischer Auffassung müsse man diesen Staaten jetzt die gleichen Waffen gewähren, die die anderen Staaten für sich mit der Begründung der Verteidigungsnotwendigkeit sichern wollten. Der französische Vertreter erklärte dagegen, diese Frage sei hinreichend in den französischen Vorschlägen auf Internationalisierung aller Rüstungen (!) geklärt. Der ungarische Vertreter entgegnete darauf, er ziehe es vor, die Waffen zur Verteidigung im eigenen Lande zu haben, für den Fall, daß sein Land angegriffen würde.

### Vor einem Verbot der Gaskampfmittel?

**Genf, 20. Mai.** Der Ausschuß der Abrüstungskonferenz, der sich mit den chemischen und bakteriologischen Kriegsmitteln beschäftigte, hat heute die Beratung verschiedener Vorschläge über die Abschaffung dieser Waffen begonnen. Ein deutscher Vorschlag verlangt, daß alle Gaskampfmittel, alle Apparate zum Gebrauch solcher Mittel, alle Gaskampfformationen und alle militärischen Forschungs- und Experimentieranstalten auf diesem Gebiet als besonders offensiv und bedrohlich für die Zivilbevölkerung angesprochen sind. In dieser Sitzung kam der übereinstimmende Wille zum Ausdruck, daß diese Kampfmittel künftighin unter ein Verbot fallen.

SLUB
Wir führen Wissen.